

Protokoll:	Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	35
		TOP:	4
Verhandlung		Drucksache:	303/2017
		GZ:	WFB
Sitzungstermin:	28.04.2017		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	EBM Föll		
Berichterstattung:	-		
Protokollführung:	Frau Sabbagh / pö		
Betreff:	Verlegung des Entrauchungsbauwerks Killesberg Kostenbeteiligung der Landeshauptstadt		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Wirtschaft, Finanzen und Beteiligungen vom 21.04.2017, GRDRs 303/2017, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Der Beteiligung der Landeshauptstadt Stuttgart in Höhe von pauschal 930.000 EUR (einschl. der auf der Grundlage der GRDRs 847/2006 bereits geleisteten Zahlungen für Planungsmehraufwendungen) an den durch die Verlegung des Entrauchungsbauwerks Killesberg an den Zwischenangriff Prag bedingten Mehrkosten wird zugestimmt.
2. Voraussetzung für die Beteiligung der Landeshauptstadt ist ein Beschluss des Lenkungskreises Stuttgart 21 zur neuen Konzeption des Entrauchungsbauwerks sowie der Abschluss einer dem Beschluss des Lenkungskreises entsprechenden Vereinbarung mit der DB Netz AG.
- 3.1 Die Nachzahlung auf den Verkaufserlös für das Grundstück Flurstück 11763, Oskar-Schlemmer-Str. 1, Stresemannstr. 4 von 930.000 EUR wird im Finanzhaushalt 2017 bei dem PSP-Element 7.232000.002, Sachkonto 68210000, Veräußerung von Immobilien, vereinnahmt.

3.2 Die Auszahlung für die pauschale Kostenbeteiligung von 930.000 EUR wird im Finanzhaushalt 2017 bei dem PSP-Element 7.232000.100, Sachkonto 78210000, Erwerb von Immobilien, gedeckt.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigefügt.

EBM Föll berichtet einleitend im Sinne der Vorlage. Dabei betont er ausdrücklich, dass die vorgestellte Lösung für die Landeshauptstadt Stuttgart finanzneutral sei. Andernfalls erfolge keine Nachzahlung der 930.000 € und die Stadt bleibe auf den vom Gemeinderat zugesagten Planungskosten in Höhe von rund 150.000 € sitzen.

Diese Position vertrete auch seine Fraktion, bestätigt StR Hill (CDU). Seine Fraktion stimme dem Alternativstandort mit Freude zu.

Auch StR Winter (90/GRÜNE) stimmt im Namen seiner Fraktion zu. Er erinnert daran, dass der UTA 2012 einer Verlegung einmütig zugestimmt habe.

StRin Gröger (SPD) signalisiert ebenfalls Zustimmung, weist aber darauf hin, dass bei der Diskussion um die Verlegung Proteste aus dem Schulzentrum Nord gekommen seien. Diese beruhten jedoch nicht darauf, dass Fläche beansprucht werde, sondern darauf, dass man nicht wisse, wie sich ein Einsatz auswirke. Zeitgleich komme auch die immer schon für notwendig erachtete Drei-Feld-Turnhalle für das Schulzentrum Nord. Ob die Verlegung wirklich finanzneutral sei, werde erst die Zukunft weisen. Aus dem ganzen Verfahren könne man die Lehre ziehen, dass man grundsätzlich viel stärker referatsübergreifend arbeiten müsse, wenn es um die Verwendung städtischer Grundstücke gehe.

StR Adler (SÖS-LINKE-PluS) zitiert aus der Vorlage: "Die Lage eines Entrauchungsbauwerks in der Nähe hochwertiger Wohnbebauung ... ist unbefriedigend." Dem könne man nur zustimmen, doch sei aus Sicht seiner Fraktionsgemeinschaft ein Entrauchungsbauwerk auch in der Nähe eines Schulzentrums falsch. Insofern drücke dieser Satz die offensichtliche Geringschätzung der Belange der Innenstadtbewohner aus, denn am Südkopf des künftigen Tunnelbahnhofs sei ein Entrauchungsbauwerk geplant, das für die Bewohner des Kernviertels und der Innenstadt enorme Belastungen bringen und diesen Bereich optisch verschandeln werde. Insgesamt sei aber nicht nur das Entrauchungsbauwerk abzulehnen, denn es handle sich um eine untaugliche Konzeption des Brandschutzes für den geplanten Bahnhof, dessen Freigabe durch das EBA erst unmittelbar vor Inbetriebnahme erfolgen solle. Eine solche Vorgehensweise könne er nicht nachvollziehen, und zu dieser in seinen Augen unverantwortlichen Planung bzw. Teilprojekten hierzu sowie zur Finanzierung aus öffentlichen Mitteln habe seine Fraktionsgemeinschaft keine Zustimmung gegeben und werde diese auch nicht geben. Die Grundstücksverbilligung um 930.000 € sei nur darauf zurückzuführen, dass der Nutzer dieses Geländes diese Summe quasi als Entschädigung für das dort geplante Entrauchungsbauwerk erhalten sollte. Insofern gingen die 930.000 € über die vereinbarte Beteiligung der Stadt an S21 hinaus und stellten eine indirekte Beteiligung dar.

Diese Darstellung weist EBM Föll mit Nachdruck als unwahr zurück. Wenn der Ausschuss nicht beschließen, werde auch kein öffentliches Geld fließen. Mit einem Be-

schluss erfolge eine Nachzahlung, die die Stadt durchreiche. Die Belastung des Augustinum-Grundstücks mit dem Entrauchungsbauwerk - und damit die Nachzahlung - könne man nicht beseitigen, ohne der Bahn die entsprechenden Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Außerdem werde die Innenstadt nicht geringgeschätzt, denn das Entrauchungsbauwerk am Zwischenangriff sei städtebaulich gesehen mit Sicherheit die bessere Lösung als im Umfeld von Augustinum, Kunstakademie und Weißenhofsiedlung.

StR Zaiß (FW) und StRin Yüksel (FDP) signalisieren Zustimmung zur Vorlage. Auch bei StR Klingler (AfD) löst ein Entrauchungsbauwerk keine Jubelstürme aus, dennoch sei es notwendig und an der nun vorgesehenen Stelle besser platziert als an der ursprünglichen. Ob es letzten Endes tatsächlich finanzneutral sei, werde sich erweisen. Am Standort Zwischenangriff ergäben sich dadurch Einschränkungen für die dringend benötigte Sporthalle und die Hausmeisterwohnungen, die dort entstehen sollten. Nach gründlicher Abwägung stimme seine Fraktion der Vorlage zu.

EBM Föll stellt abschließend fest:

Der Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen beschließt mit 14 Ja- und 3 Nein-Stimmen mehrheitlich wie beantragt.

Zur Beurkundung

Sabbagh / pö

Verteiler:

- I. Referat WFB
zur Weiterbehandlung
Amt für Liegenschaften und Wohnen (2)
Stadtkämmerei (2)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. L/OB
L/OB-R
 3. Referat StU
Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung (3)
 4. BVin Nord
 5. Rechnungsprüfungsamt
 6. L/OB-K
 7. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. AfD-Fraktion
 7. Gruppierung FDP
 8. Die STAdTISTEN